



## Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 15. März 2018

Antrags-Nr. 18-F-21-0025

### **Pflegenotstand bekämpfen - Gesundheitsstandort Wiesbaden stärken - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2018 -**

Die Diskussionen in den letzten Tagen und Wochen über temporär reduzierte Bettenzahlen und Rotmeldungen der Intensivstationen/Notaufnahmen aller Wiesbadener Kliniken zeigen, dass das Problem fehlender Fachkräfte im medizinisch/sozialen Bereich nicht an Wiesbaden vorbeizieht. Wiesbaden als Klinikstandort kann aber nicht nur für sich allein betrachtet werden, da sowohl Patienten aus der Umgebung in Wiesbaden behandelt werden, als auch Wiesbadener Patienten, die vor Ort kein Bett bekommen, in Kliniken im näheren und weiteren Umland ausweichen müssen. Gleichzeitig finden regelhafte Verlegungen aus den umliegenden Kreisen (z.B. Mainz aber auch Groß-Gerau etc.) nach Wiesbaden statt. Die anhaltenden Diskussionen über die Schließung von Klinikstandorten wie in Bad Schwalbach aber auch in Rüdesheim würden potentielle Auswirkungen auf Wiesbaden haben. Zum einen werden mehr Patienten nach Wiesbaden kommen, zum anderen fallen nah gelegene Ausweichkliniken in Spitzenzeiten wie diesen weg. Ein weiterer Aspekt ist der Rettungsdienst. Rotmeldungen an Kliniken bedeuten häufig längere Fahrtzeiten für die Rettungsdienste, da Kliniken im Umland angefahren werden müssen. Zum anderen erfolgt eine über Jahre kontinuierliche Zunahme an Einsätzen des Rettungsdienstes, was eine Vergrößerung der entsprechenden Fachkräfte auch in diesem Bereich notwendig macht.

Daher wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, unter Federführung des Klinikdezernenten in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (EGW)

1. einen Prozess zu organisieren, an dem alle in Wiesbaden maßgeblichen Vertreter der Gesundheitswirtschaft beteiligt werden sollen. Ziel dieser Aufgabenstellung ist es, die Zusammenarbeit zugunsten des Gesundheitsstandorts Wiesbaden zu stärken, den Dialog zu fördern und damit die Versorgung im Gesundheitssektor der Landeshauptstadt Wiesbaden qualitativ zu fördern und zu verbessern,
2. Maßnahmen zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sind, die Ausbildung und Akquise der notwendigen Fachkräfte im medizinisch/sozialen Bereich nachhaltig, insbesondere für die Wiesbadener Kliniken, sicherzustellen,
3. zu berichten, wie die Stadt hier kommunal unterstützend mitwirken kann,
4. mit den Geschäftsführungen der Wiesbadener Kliniken zu besprechen, inwieweit die Bedeutung dieser als Lehrkrankenhäuser sowie als zentrale Bildungseinrichtungen für Gesundheitsberufe (z.B. im Pflegebereiche sowie in der Hebammenausbildung) ausgebaut werden und internationalen Kooperation (inner- und/oder außereuropäisch) etabliert werden können. Mit den Hochschulen im Rhein-Main-Gebiet sollen Kooperationen in der Hebammenausbildung angestrebt werden.

5. mit den Geschäftsführungen Gespräche Vorschläge zu entwickeln und zu berichten, wie die Kapazitäten der Notaufnahmen so gesteuert werden können, dass sie für den Bedarf tatsächlicher Notfallpatienten ausreichend zur Verfügung stehen.

6. moderne digitale Lösungen für den medizinischen Standort Wiesbaden zu implementieren, die sowohl eine schnellere und bessere Behandlung der Patienten gewährleisten, als auch unnötige Kosten reduzieren und

7. ein Informationsportal für Patienten zu entwickeln, welches die Möglichkeiten aller klinischen und ambulanten medizinischen Angebote im Sinne eines „Wegweisers“ leicht zugänglich machen.

---

### **Beschluss Nr. 0100**

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2018

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .03.2018

•  
•  
mit der Bitte um weitere Veranlassung  
Dezernat III  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dezernat II

Gerich  
Oberbürgermeister